

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und. Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1. JAHRGANG

APRIL 1950

HEFT 4

Reinhold Nimptsch

DAS PROBLEM DER VOLLBESCHÄFTIGUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Vorbemerkung

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) veranstaltete vom 17. bis 19. März in Oberhausen eine Tagung über die Frage der Vollbeschäftigungs-Politik, die durch ein überaus instruktives Zwiegespräch zwischen englischen und deutschen Nationalökonomern ihr Gepräge erhielt. Referate hielten die Oxford-Dozenten Thomas Balogh, David Worswick, Fritz A. Burchard, Paul Streeten, Alan Flanders und die Mitarbeiter des WWI, Dr. Rolf Wagenführ und Dr. Reinhold Nimptsch. Die Vorträge werden zusammen mit den Diskussionsbeiträgen durch das WWI in Kürze veröffentlicht werden. Gegenüber den eindrucksvollen Argumenten des „Teams“ der englischen Nationalökonomern über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Vollbeschäftigungs-Politik wurden von deutschen Diskussionsrednern vor allem die Unterschiede in den Voraussetzungen einer Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung in Westdeutschland im Vergleich zu England herausgearbeitet, obwohl über die Notwendigkeit einer umfassenden Initiative volle Einmütigkeit bestand.

Im Folgenden veröffentlichen wir das Referat, das Dr. Reinhold Nimptsch auf der Oberhausener Tagung hielt, die einen wesentlichen Beitrag zu den Auseinandersetzungen über die Vollbeschäftigungs-Politik geliefert hat.

Die Redaktion

Ist eine Vollbeschäftigungspolitik unter den besonderen Bedingungen der Wirtschaftssituation in Westdeutschland praktisch zu verwirklichen?

Wenn ich mich unterfange, zu diesem sehr heiklen Thema Stellung zu nehmen, so bin ich mir darüber im klaren, dass ich nicht mehr geben kann als einige Gesichtspunkte und Perspektiven, die mir wichtig zu sein scheinen, wenn man sich fragt, was in unserem Lande heute wirtschaftspolitisch möglich oder nicht möglich ist. Die Absicht ist, hierdurch eine Diskussion einzuleiten, die aus der reinen Luft akademischer Betrachtung hineinführen soll in die harte Wirklichkeit unserer Gegenwartsaufgaben.

Es versteht sich, dass die Realisierbarkeit der Vollbeschäftigung zunächst und vor allem von einer Fülle ökonomischer Daten und Umstände abhängt. Die

prekäre wirtschaftliche Situation in Westdeutschland macht die Beseitigung oder Einschränkung der Massenarbeitslosigkeit zu einer schwierigen Aufgabe.

Aber die Verwirklichung einer erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik hängt nicht nur von den ökonomischen Verhältnissen ab, sondern gleichermaßen von einer Fülle *außerwirtschaftlicher* Umstände, die man in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit kennen muss, wenn man praktische Wirtschaftspolitik betreibt.

Ich will den Versuch machen, die mir besonders wichtig erscheinenden außerwirtschaftlichen Umstände aufzureißen und zeigen, wie sie in unserem speziellen Fall zu beurteilen sind.

Die als richtig und notwendig erkannte Vollbeschäftigungspolitik wird sich in der Wirklichkeit nur durchsetzen lassen, wenn

1. ein wesentlicher Teil der *öffentlichen Meinung* für eine solche gewonnen werden kann,
2. eine *Staatsautorität* vorhanden ist, gewillt und in der Lage, die Vollbeschäftigungspolitik gegen alle widerstreitenden Interessen durchzusetzen,
3. diese Staatsautorität über einen intakten und geschlossenen *Verwaltungsapparat* verfügt, der die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sauber und fachgerecht durchführt.

Frage des sozialen Gewissens

Was die Frage öffentliche Meinung und Vollbeschäftigung betrifft, so ist die Vollbeschäftigung als Zielsetzung zunächst und vor allem eine Frage des *sozialen Gewissens*. Dies gilt besonders dann, wenn sich (wie bei uns) die Vollbeschäftigung nur unter der Auflage realisieren lässt, dass wesentliche Schichten der Gesellschaft hierfür mehr oder weniger freiwillig Opfer bringen, durch eine zumindest vorübergehende Einschränkung ihres Lebensstandards oder durch Verzicht auf gewisse demokratische Freiheiten.

Wie steht es nun um das soziale Gewissen, das soziale Verantwortungsbewusstsein in unserem Volke? Ich glaube, dass man diese Frage in aller Kürze wie folgt beantworten muss:

Es ist bekannt, dass der Zusammenbruch von 1945 in Westdeutschland u. a. eine schwere geistig-moralische Krise ausgelöst hat, deren wichtigste Komponente die weitgehende Auflösung aller sozialen Bindungen war. Diese Krise kann heute schon als weitgehend überwunden gelten. Was geblieben ist, möchte ich als einen Zustand der Verkrampfung des sozialen Bewusstseins bezeichnen. In allerjüngster Zeit gibt es Symptome dafür, dass sich auch diese Verkrampfung zu lösen beginnt.

Wie kam es zu der Krise? Wie haben wir sie erlebt? Sie in allen ihren Zusammenhängen zu analysieren, ist hier nicht möglich. Das Wichtigste wäre vielleicht Folgendes:

1. Der Zusammenbruch einer totalen Weltanschauung, die durch skrupellose Anwendung moderner Propagandamethoden, aber auch durch Gewalt und Terror die große Masse des Volkes mehr oder weniger in ihren Bann gezogen hatte, so weit in ihren Bann gezogen hatte, dass für die Mehrheit soziale Verpflichtung und soziale Bezogenheit identisch war mit der Verpflichtung und Bezogenheit auf den totalen, den nationalsozialistischen Staat. Nach der Kapitulation ist dann dieser wie ein Spuk von heute auf morgen verschwunden. Geistig-moralisch blieb ein Vakuum, eine Auflösung der sozialen Bindungen. Die Reaktion musste umso heftiger sein, als der nationalsozialistische Staat, wie

vieles andere, auch die Idee der sozialen Bezogenheit überspannt, d. h. die Idee der Gemeinschaft überbetont und das Individuum vergewaltigt hatte.

2. Die Tatsache, dass mit dem Zusammenbruch die große Mehrheit unseres Volkes sich unmittelbar in ihrer nackten physischen Existenz bedroht sah: Hungersnot vor allem in den Städten, Millionen Heim- und Heimatlose, ausgebreitete Lähmung des Wirtschaftsablaufs, Repudiation des Geldes; Endergebnis: Kampf aller gegen alle, soziale Auflösung.

Man muss sich nun vergegenwärtigen, dass diese Zeit der äußersten Not und Lebensbedrohung erst knapp anderthalb Jahre hinter uns liegt, dass erst im Sommer 1948 die Geldreform und das stärkere Einströmen ausländischer Nahrungsmittel und Rohstoffe die Wendung brachte, der dann im Zusammenhang mit besonders guten Ernten und der schrittweisen Umstellung auf die Friedenswirtschaft eine verhältnismäßig schnell fortschreitende Besserung folgte.

Es ist deshalb verständlich, dass heute in weiten Kreisen der Bevölkerung die Stimmung des „rette sich, wer kann“ unbewusst noch nachklingt, dass die Menschen noch wenig bereit sind, ihre persönlichen Interessen mit dem Interesse der Allgemeinheit freiwillig abzustimmen und in Ausgleich zu bringen.

Hinzu kommt aber noch das Folgende: Die soziale Entwicklung seit 1948 ist dadurch gekennzeichnet, dass es einem Teil der Bevölkerung, vor allem dem *Besitzbürgertum*, gelang, seinen Lebensstandard verhältnismäßig schnell wieder dem Vorkriegsniveau anzunähern, während ein anderer Teil trotz allen Anstrengungen kaum das Existenzminimum erreichte oder sogar in ausgesprochenen Elendsverhältnissen weiter vegetieren musste. Dies gilt für die Mehrzahl der Arbeitnehmer, vor allem aber für das große Heer der auf soziale Fürsorge und Unterstützung Angewiesenen: Flüchtlinge, Kriegsoffer, Witwen, Waisen, usw.

Es würde zu weit führen, hier zu untersuchen, worauf diese Differenzierung zurückzuführen ist: auf die Währungsreform, auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten anderthalb Jahre oder anderes. Die Tatsache als solche ist unbestreitbar, unbestreitbar ist aber auch, dass sich entsprechend dieser Differenzierung starke *soziale Spannungen* herausgebildet haben. Der Schärfe dieser Spannungen entspricht nun folgerichtig die äußerste Bereitschaft und Intensität, mit der sich jene Schichten der Bevölkerung, die sich aus dem allgemeinen Debakel schon wieder in erträgliche Verhältnisse gerettet haben, in Abwehrstellung gegen die Ansprüche der Zukurzgekommenen begeben.

Es besteht kein Zweifel, dass sie ihre Position umso entschlossener verteidigen werden, je hoffnungsloser das Elend ist, das sie auf der anderen Seite sehen und je mehr sie fürchten müssen, in dieses hineingezogen zu werden. Aus dieser Abwehrstellung ergibt sich jener Zustand, den ich als Verkrampfung des sozialen Bewusstseins bezeichnete. Er ist leider in breiten Schichten unserer Gesellschaft und oft auch bei geistig Führenden anzutreffen.

Wir erlebten nun, wie diese geistig-moralische Haltung wirtschaftspolitisch in einer Übersteigerung liberaler, ja manchesterlicher Ideen den ihr gemäßen Ausdruck fand. Die liberale Wirtschaftsdoktrin wurde zeitweise beinahe zu einer Art *Staatsreligion* und gewann die Vorherrschaft über die öffentliche Meinung.

Bezeichnend hierfür ist die Tatsache, dass die öffentliche Meinung noch immer die These zu akzeptieren bereit ist, dass die Eindämmung der Arbeitslosigkeit durch unsere Einfuhrabhängigkeit grundsätzlich erschwert würde, dass die Mehrbeschäftigung von 1 oder 1,5 Millionen Menschen nicht möglich sei, weil diese – in Arbeit gebracht – einen Bedarf entwickeln würden, den unsere allzu knappe Devisendecke nicht zulässt. Man wird sich dessen kaum bewusst,

dass es in dieser Situation nicht nur einen, sondern grundsätzlich zwei Wege gibt, von denen – ein normales soziales Gewissen vorausgesetzt – überhaupt nur einer in Frage kommen kann. Denn es ist unmöglich, zwei Millionen Mensdien, die das gleiche Recht auf einen Arbeitsplatz und auf den durchschnittlichen Lebensstandard haben wie jeder andere, im Elend weiter vegetieren zu lassen, um das Defizit auszugleichen.

In Frage kann deshalb nur kommen, dass man den Lebensstandard aller der Notlage anpaßt, besonders aber dort herunterdrückt, wo es ohne Schaden an Leib und Leben geschehen kann. Will man wissen, um welche Größenordnung es sich hier handelt, so vergegenwärtige man sich, dass der gesamte private Verbrauch in Westdeutschland heute monatlich etwa 4 Milliarden DM beträgt. Der Arbeitslose wird, nachdem er einen Arbeitsplatz erhalten hat, über seine derzeitige Unterstützung hinaus etwa 100 bis 110 DM mehr verausgaben können. Das bedeutet für eine Million zusätzlich in Arbeit kommende einen Mehraufwand von monatlich 100 Millionen DM. Der gesamte private Verbrauch müsste demnach um kaum mehr als 2,5 v. H. reduziert werden, um diesen Betrag auszugleichen, ein Problem, das sich bei einigem guten Willen wohl lösen lassen müsste, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Millionen, die Arbeit erhalten, ja nützliche Dinge herstellen werden, beispielsweise Wohnungen, sodass früher oder später ein vernünftiger Ausgleich eintritt. Die öffentliche Meinung ist – wie gesagt – noch nicht ausreichend bereit, diese selbstverständlichen Einsichten zu akzeptieren. Viel lieber hört sie Einwände, die es möglich machen, das soziale Gewissen zu beruhigen, etwa, dass in dem einen oder anderen Versorgungszweig Engpässe entstehen könnten, z. B. bei Schuhen oder Textilien und vor allem bei Nahrungsmitteln.

Es dürfte kein nationales Unglück sein, wenn man beispielsweise bei Schuhen wieder zu einer straffen Bewirtschaftung zurückfinden würde. Das gilt auch für Textilien oder einzelne Lebensmittel, so weit hier oder dort tatsächlich Engpässe auftreten sollten. Im Vergleich zu den Problemen einer Massenarbeitslosigkeit sind dies Bagatellen. Wir wissen nicht, wie lange es dauern wird, bis die öffentliche Meinung bereit sein wird, diese unsere Auffassung zu akzeptieren. Vorerst darf man die Hemmungen nicht unterschätzen.

Staatsautorität

Wenn nun die öffentliche Meinung einer energischen Arbeitsbeschaffungspolitik nur bedingt zu folgen bereit ist, so gewinnt naturgemäß die Frage nach der Staatsautorität, die in der Lage ist, eine solche auch gegen Widerstände durchzusetzen, eine erhöhte Bedeutung. Es ist unschwer nachzuweisen, dass in Westdeutschland eine aktive und konsequente Wirtschaftspolitik durch ungewöhnliche, überkomplizierte und teilweise auch verworrene Regierungsverhältnisse schwer beeinträchtigt wird. Ich kann auch dieses Problem hier nur andeutungsweise behandeln. Wichtig erscheint mir das Folgende:

1. Fünf Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten hat Westdeutschland noch immer keinen Friedensvertrag. Wir stehen weiter unter Besatzungsrecht, die Regierungsgewalt geht von den Besatzungsmächten aus, das oberste ist das Besatzungsstatut. Die Demokratie, die de jure besteht, ist eine Demokratie des „als ob“. Parlament und Regierung üben bestenfalls die Funktionen aus, die ihnen die Besatzungsmächte überlassen. Sie werden von diesen kontrolliert, kritisiert und reglementiert.

2. Dieser fragwürdige Staat ist außerdem noch ein föderalistischer Staat. Bund und Länder teilen sich in die beschränkte Regierungsgewalt.

Auch wer nicht im politischen Leben steht, wird einsehen, wie schwierig es unter diesen Umständen sein müsste, eine Politik der Vollbeschäftigung nach Grundsätzen, wie sie etwa in Großbritannien angewandt werden, zu betreiben.

Was zunächst die Einschränkung der Aktionsfähigkeit der westdeutschen Regierung durch das Besatzungsregime betrifft, so versteht es sich, dass die Besatzungsmächte Ziele verfolgen, die aus ihrer Perspektive gesehen den wirtschaftlichen Bedürfnissen und auch Notwendigkeiten der Besatzungszonen unbedingt voranzustellen sind.

In diesem Zusammenhang können die Demontagen nicht unerwähnt bleiben. Es ist eine simple Feststellung und soll nicht mehr als eine Feststellung sein, dass die Demontagen – so weit es sich um Werke oder Anlagen handelt, die einer friedlichen Erzeugung dienen können – dazu beitragen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Bei unserer Kapitalnot, welche uns die Beschäftigung der Millionen von Heimatvertriebenen ungeheuer erschwert, kommt es tatsächlich auf jede Maschine und jede Halle an, sofern diese sich für eine vernünftige Erzeugung einsetzen lässt.

Ähnliches gilt für die Beschränkung der westdeutschen *Stahlerzeugung*, die ich auch nur am Rande erwähnen will.

Besonders instruktiv für die hier herauszustellende Problematik erscheint mir dann die *Beschränkung der Finanzhoheit* der Bundesregierung durch das Besatzungsregime. Durch das 3. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens wurde der deutschen Regierung strikt verboten, Haushaltsdefizite zu machen. Ein solches Verbot versperrt jeder westdeutschen Regierung die Möglichkeit, mit Mitteln der Steuer- und Kreditpolitik entscheidend gegen die Massenarbeitslosigkeit anzugehen.

Anfang des Jahres ist das Defizitverbot gelockert worden, aber darauf kommt es hier nicht an, sondern lediglich auf das Grundsätzliche, d. h. auf die Problematik, die sich aus der Tatsache ergibt, dass die Regierungsgewalt in Westdeutschland nur eine abgeleitete und damit weitgehend eingeschränkte ist, dass sie eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik nur betreiben könnte, wenn die Besatzungsmächte bereit wären mitzugehen.

Ob sich die derzeitige Regierung allerdings zum Defizit-spending entschlossen hätte, wenn das besagte Verbot nicht ausgesprochen worden wäre, ist eine Frage, die ich hier wohl kaum zu beantworten brauche.

Was dann weiter die Frage betrifft, wieweit der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik eine systematische Vollbeschäftigungspolitik beeinträchtigt, so liegt hier der Schwerpunkt der Problematik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Da die öffentlichen Mittel nicht zentral, sondern zum Teil vom Bund, zum Teil von den Ländern, zum Teil von den Gemeinden verausgabt werden, ist eine einheitliche Investitionspolitik, eine Investitionspolitik, welche die vordringlichen volkswirtschaftlichen Aufgaben im Auge hat, mehr als erschwert, ja fast unmöglich.

Ein *zentral gelenkter* Einsatz der öffentlichen Mittel ist aber schon deshalb in Westdeutschland besonders notwendig, weil hier die Kapitalnot besonders groß ist, dann aber auch, weil die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge über die Länder einen finanziellen Ausgleich dringend erforderlich macht, weil die finanzstarken Länder den finanzschwachen beispringen müssten, damit diese einen möglichst großen Teil ihrer Flüchtlinge in Arbeit und Brot bringen können.

Damit dürften die wichtigsten außerwirtschaftlichen, d. h. psychologischen und Politischen Schwierigkeiten gekennzeichnet sein, die eine Vollbeschäftigungspolitik in der Art, wie sie in den angelsächsischen Ländern, besonders in

Großbritannien, betrieben wird, hier vorläufig unmöglich erscheinen lassen, die auch einer nur begrenzten Arbeitsbeschaffungspolitik im Wege stehen.

Liberale Methoden müssen versagen

Ich hoffe, dass es nach dem, was ich gezeigt habe, leichter sein wird, zu verstehen, wie es kam, dass die derzeitige Regierung die Dinge so weit hat treiben lassen, dass wir heute vor der Tatsache einer Massenarbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen stehen. Die Frage, die ich im zweiten Teil meiner Ausführungen aufwerfen will, ist die, was unter unseren besonderen Verhältnissen getan werden sollte und könnte, um einen größtmöglichen Teil der Beschäftigungslosen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Ich sagte schon, dass sich in der öffentlichen Meinung allmählich die Auffassung durchsetzt, dass gegen die Arbeitslosigkeit etwas Entscheidendes getan werden muss. Auch die Bundesregierung bekennt sich nunmehr zu dieser These. Sie hat sogar ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, mit dem ich mich hier leider nicht beschäftigen kann. Wenn sich nun alles darüber einig ist, dass eingegriffen werden muss, so bestehen doch in Bezug auf die Frage, wie dies geschehen sollte, verschiedene Meinungen. Zwei Konzeptionen sind möglich: a) der liberale, mittelbare Eingriff, b) der spezifische, unmittelbare. Nach unserer Auffassung ist es in unserem besonderen Fall nicht mehr möglich, mit den Mitteln einer liberalen Geld- und Kreditpolitik allein dem Arbeitslosenproblem beizukommen.

Nicht spezifisch angesetzt, müsste die Kreditinjektion in einer so großen Dosis erfolgen, dass man zu bedenklichen inflationistischen Erscheinungen kommen könnte. Denn es handelt sich in unserem Fall nicht in erster Linie darum, dass Arbeitskräfte, die vorübergehend aus einer normal strukturierten Wirtschaft herausgesetzt worden sind, wieder in die alte Beschäftigung zurückgebracht werden; wir stehen vielmehr vor dem Problem einer strukturellen Neugestaltung und Umgestaltung der Dinge. Wir behaupten, dass demgegenüber liberale Methoden versagen müssen! Die Disproportionalitäten und Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur würden nicht korrigiert, sondern eher verschärft werden. Eine allgemeine Ausweitung des Kredits, bei der es den Banken überlassen bliebe, an wen sie den Kredit weitergeben wollen, bietet keine Garantie, dass die in die Wirtschaft einströmenden Mittel verwandt werden, um zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Es kann eine Hausse in Gang kommen und der Kredit dazu dienen, um Spekulationsgewinne zu machen, insbesondere um Lagerbestände durchzuhalten. Unter den derzeitigen Umständen, d. h. mit Rücksicht auf die sehr angespannte Lohn-Preisrelation, wäre es dann wahrscheinlich, dass sehr schnell auf breiter Front Lohnbewegungen in Gang kämen, was entweder zu einer Preis-Lohnspirale oder aber zu einer Krise führen würde.

Aber ganz abgesehen von diesen Gefahren ist keinerlei Gewähr dafür gegeben, dass die liberal eingesetzten Mittel volkswirtschaftlich bestmöglich verwandt werden. Niemand kann bestreiten, dass wir zu einer Neustrukturierung unserer Wirtschaft kommen müssen, wobei die Steigerung unserer Exportfähigkeit, die Lösung des Wohnungsproblems und die sinnvolle Beschäftigung die maßgebenden Gesichtspunkte sind, unter denen die Entwicklung stehen sollte.

Auch mit Rücksicht auf die viel zu knappen Devisen, insbesondere Dollar-Devisen, die uns zur Verfügung stehen, bedarf es einer vorsichtigen Selektion. Wir können keinen Boom auf der ganzen Frontbreite gebrauchen, wir können es auch nicht zulassen, dass die knappen Devisen verwendet werden, um entbehrlichen Bedarf zu decken. Wir müssen alles Mögliche tun, um sie für Einfuhren zur Verfügung zu halten, die der Befriedigung des Existenzbedarfs und

der Inanghaltung der Wirtschaft dienen. Es muss deshalb der Staat zwecks Behebung der Arbeitslosigkeit unmittelbar, d. h. spezifisch eingreifen, wobei selbstverständlich das Kreditwesen die notwendige Hilfestellung zu geben hat.

Der erste Angriffspunkt auf die derzeitige Arbeitslosigkeit ist dann unschwer zu finden. In unserem Lande müssen 4 bis 5 Millionen Wohnungen gebaut werden, um den dringenden Bedarf zu decken. Allein durch Inangriffnahme dieser Aufgabe lässt sich die Arbeitslosigkeit entscheidend herunterdrücken. Dies gilt umso mehr, als man mit dem Problem des Wohnungsbaus die Aufgabe der Unterbringung lokal falsch platzierter Arbeitskräfte in Industrien verbinden kann, die in der Lage und gewillt sind, mehr Menschen einzustellen, wenn sie nur wüssten, wie sie diese beherbergen sollen.

Was nun die Durchführung der Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau betrifft, so wird ein voller Erfolg nur bei straffster Lenkung zu erreichen sein. Wir sind uns klar darüber, dass der Einsatz erheblicher Mittel in der Bauwirtschaft die Gefahr in sich birgt, dass die Beteiligten versuchen werden, erhebliche Konjunkturgewinne zu erzielen. Dies ist der erste und einer der wichtigsten Gründe, weshalb diese Mittel nicht frei in die Wirtschaft hineingegeben werden können. Ein anderer Grund wurde bereits erwähnt. Die neuen Wohnungen müssen dorthin gesetzt werden, wo Arbeit vorhanden ist. Nicht zuletzt halten wir es für entscheidend, dass die Wohnungen nicht solchen Bürgern zukommen sollen, die sich heute mit einem geringeren Raumkomfort begnügen müssen als vor dem Kriege, aber dennoch auskömmlich untergebracht sind. Vielmehr kommt es heute darauf an, dort zu helfen, wo Flüchtlinge und Evakuierte und Ausgebombte in menschenunwürdigen Zuständen vegetieren. All dies lässt sich nur bei straffster Lenkung erreichen.

Die Gewerkschaften haben aus eigener Initiative den Versuch unternommen, ein Beispiel vorzuerzieren und zu zeigen, dass dergleichen möglich ist. Es ist dies das Flüchtlingsprojekt Schleswig-Holstein. Ein Großbauvorhaben von 10 000 Wohnungen in einer Hand erwies sich dort als eine Macht, der es gelang, den wirtschaftlichen Egoismus aller Beteiligten zu bändigen und die Garantien zu schaffen, dass 1. die Wohnungen dorthin gebaut werden, wo sie hingehören, 2. die Baukosten erheblich reduziert werden und 3. arbeitslose Flüchtlinge in die Wohnungen hineinkommen.

Praktisch gingen wir so vor, dass wir in Schleswig-Holstein eine Arbeitsgemeinschaft bildeten, in der die Gewerkschaften die Führung haben. In dieser wurden zusammengeschlossen: die Gewerkschaften, die Landesregierung, die Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, die Flüchtlingsorganisationen des Landes und die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften.

Durch diese Zusammenarbeit gelang es, das Projekt in verhältnismäßig kurzer Zeit in allen Einzelheiten vorzubereiten, den Baugrund bereitzustellen, einige wenige geeignete Wohnhaustypen zu entwickeln, die nach einheitlichen Richtlinien gebaut werden sollen, vor allem aber auch den Großeinkauf von Baumaterial und Bauelementen durch die zentrale Beschaffungsstelle, d. h. die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften, vorzubereiten mit dem Ergebnis, dass wir wichtige Bauelemente zu Preisen zur Verfügung haben werden, die um 25 bis 30 v. H. unter den heute üblichen Großhandelspreisen liegen. Es erweist sich also, dass es Mittel und Wege gibt, auch bei großzügiger Arbeitsbeschaffung den Markt unter Kontrolle und die Preise in Zaum zu halten.

Wir können feststellen, dass sich die Bundesregierung, insbesondere das Wohnbauministerium, vorbehaltlos hinter unser Projekt gestellt hat. Die Hauptflüchtlingsländer *Niedersachsen und Bayern* sind von der Regierung aufgefordert

worden, entsprechende Pläne vorzulegen. Wir halten es für möglich, dass hiermit der erste entschlossene und umfassende Angriff auf die Arbeitslosigkeit eingeleitet ist. Die Gewerkschaften werden die Führung behalten, sie werden sich mit aller Energie dafür einsetzen, dass die Arbeitsgemeinschaften, die auch in Bayern und Niedersachsen nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein gebildet wurden, die Vorbereitungen beschleunigt vorantreiben, sodass auch hier die praktische Arbeit in aller Kürze beginnen kann.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die systematische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die strukturelle Anpassung der Wirtschaft an die veränderten Bevölkerungsverhältnisse. Auch die Hergabe von Industriekrediten sollte in weitem Umfange davon abhängig gemacht werden, dass die Unternehmen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Jedes Land sollte einen umfassenden Plan aufstellen, durch den gezeigt wird, wo Arbeitskräfte untergebracht werden können, wenn das notwendige Kapital eingeschleust wird. Dort, wo nach Überprüfung der Projekte die meisten Aussichten bestehen, dass zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, sollte großzügig Kredit gewährt werden.

Spezielle Anstrengungen sind selbstverständlich in Bezug auf die Förderung der Exportindustrien zu machen. Wir glauben, dass hier mit halben Mitteln nichts getan ist. Wirklich konkurrenzfähig können wir nur werden, wenn wir ganze Industriekomplexe neu durchorganisieren mit dem Ziele, zu großen Serien zu kommen, wodurch allein die Vorteile hoher Kapitalintensität und entsprechender Kostendegressionen in Erscheinung treten können. Die Industriegemeinschaften, die uns vorschweben, müssen dann durch fortgesetzte Preissenkung zunächst im Inland einen breiten Absatz finden. Auf der Basis dieses Absatzes können sie im weiteren Verlauf auch auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig werden. Für den Umbau und die Durchrationalisierung der Industriekomplexe können ohne Gefahr die notwendigen Kredite zur Verfügung gestellt werden. Sollte auf dem Wege, der über fortgesetzte Preissenkungen zu einer Ausweitung des Inlandsmarktes und Konkurrenzfähigkeit im Ausland führen soll, eine Zone des erhöhten Risikos durchlaufen werden müssen, so wäre es Aufgabe der öffentlichen Hand, hier ausreichende finanzielle Hilfestellung zu geben. Der Eingeweihte sieht, dass wir hier vorschlagen, die Ford-Methode in Anwendung zu bringen. Man soll nicht einwenden, dass der Vorschlag an dem Mangel an Aufgaben scheitern muss. Wir wollen nur ein Beispiel für viele nennen, nämlich den Traktorenbau und die Produktion - auch neu entwickelter - landwirtschaftlicher Maschinen. Die Intensivierung und Maschinisierung unserer Landwirtschaft ist eine lebenswichtige Aufgabe. Es sollte möglich sein, auf dem vorgeschlagenen Wege der Landwirtschaft die erforderliche Apparatur zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die weit unter dem liegen, was heute verlangt wird. Eine gut durchrationalisierte Schlepperindustrie, die sich auf einen breiten Inlandsmarkt stützt, wird auch entsprechende Exportchancen haben.

Mit diesen Vorschlägen, die auf eine Neuintegration unserer Industrie hinauslaufen, soll keineswegs der Kartell- und Monopolbildung nach altem Muster das Wort geredet werden. Man muss unterscheiden lernen, dass eine Integration wirtschaftlicher Kräfte mit dem Ziel, zu einer vernünftigen volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und Organisation zu kommen, was schließlich wesentliche Kosten- und Preissenkungen ermöglicht, ganz etwas anderes ist als Zusammenschlüsse und Zusammenballungen, die den Markt beherrschen, die Preise hochhalten und unververtretbare Differenzgewinne erzielen wollen. Dass die letzteren abzulehnen sind, versteht sich von selbst, aber die Frontstellung gegen

diese darf nicht in einen Kampf gegen eine rationelle und vernünftige Volkswirtschaftliche Organisation ausarten.

Meine Ausführungen dürften gezeigt haben, dass es trotz aller ökonomischen und nichtökonomischen Schwierigkeiten sicher Möglichkeiten gibt, gegen die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland Entscheidendes zu tun. Eine endgültige Bewältigung der uns durch den Zusammenbruch, die Abtrennung von unseren Ostgebieten, den Einstrom der Flüchtlinge u. a. gestellten Probleme dürfte allerdings aus eigener Kraft kaum möglich sein. Hierzu bedarf es einer internationalen Zusammenarbeit. Vielleicht kommt diese in Gestalt einer europäischen Gemeinschaft zu Stande.

Die Kräfte, die auf eine solche hinarbeiten, sollen nicht unterschätzt werden. Vorerst stellen sich dem europäischen Zusammenschluss allerdings noch große Schwierigkeiten entgegen. Vor allem fehlt die für alle Gemeinschaftsbildung entscheidende Voraussetzung, nämlich die gemeinsame große Aufgabe. Eine solche könnte vielleicht in Punkt 4 des Truman-Programms gegeben sein. Westeuropa sollte deshalb diese Idee mit aller Intensität aufgreifen, d. h. für die Entwicklung der rückständigen Gebiete seinen Menschenüberfluss und all seine Fähigkeiten und Möglichkeiten einsetzen. Hierbei ist nicht an einen Export von Menschen, sondern daran gedacht, dass organisierte Arbeitskolonnen mit allem, was an Ausrüstung, an Maschinen und Material erforderlich ist, hinausgehen, um an dem Aufbau der unentwickelten Länder mitzuarbeiten. Für Westdeutschland und insbesondere die in Westdeutschland aufgestauten Flüchtlingsmassen könnte dies vielleicht die wirkliche Lösung sein.